



14.06.2024

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

das Ergebnis der Europawahlen war ernüchternd. Und nach diesem Ergebnis können wir nicht einfach zur Tagesordnung zurückkehren. Unsere Themen, soziale Gerechtigkeit, Frieden, Sicherheit und Freiheit sind den Menschen wichtig. Leider gelingt es uns nicht, dass wir mit unserem Auftreten das Vertrauen in die Regierung und in die Ampel stärken und sich dies auch in den Wahlergebnissen niederschlägt. Obwohl die Ampel besser ist als ihr Ruf ist, wir bereits einen großen Teil des Koalitionsvertrages umgesetzt haben und den Reformstau aus der Großen Koalition auflösen konnten, haben wir das Vertrauen der Menschen in diesen schwierigen Zeiten nicht wieder gewinnen können.

Wir müssen mit unserer Politik noch näher an die Alltagssorgen der Menschen heranrücken und die großen Linien unserer Politik sichtbarer machen. Dazu gehört auch die Zukunftsinvestitionen weiter zu verstärken. Ich unterstütze die Forderung des BDI (Der gewisse nicht der SPD nahesteht) ein großes Sondervermögen aufzulegen, um in die Transformation der Wirtschaft, aber auch in die Daseinsvorsorge durch Kinderbetreuung und Wohnungsbau zu investieren. Hieran sollte die Bundesregierung in ihren Haushaltsverhandlungen anknüpfen. Das sollte sich im Haushaltsentwurf von Herrn Lindner widerspiegeln. **Wir können diese Diskussion nicht allein im Bundestag führen, sondern sie muss auch von den Akteuren in Wirtschaft und Zivilgesellschaft begleitet werden.**

Trotz aller Kritik wird aktuell auch viel umgesetzt: Am Mittwochabend hat der Vermittlungsausschuss erneut getagt. Wir haben hier gemeinsam mit den Ländern wegweisende Beschlüsse gefasst, die die Infrastruktur in Deutschland stärken werden. Zum Beispiel kann sich der Bund zukünftig nicht nur am Bau, sondern auch an Instandhaltungsprojekten von Schienennetzen beteiligen, damit wir den Investitionsstau schneller auflösen können. Wir brauchen hier mehr Tempo, um die Bahn wieder auf Vordermann zu bringen und Zugverspätungen zu minimieren.

Und noch eine wichtige Nachricht gibt es für Kommunen: Sie können zukünftig leichter Tempo30-Zonen ausweisen. Über 1000 Städte und Gemeinden haben gefordert, dass die Befugnisse der Kommunen ausgeweitet werden. Denn bisher war es so, dass überregionale Behörden entschieden haben, ob und wo

Tempo30-Zonen eingerichtet werden können. Jetzt dürfen Kommunen vor Ort selbst entscheiden, ob und wie sie den Verkehr steuern möchten. Und neben den bisherigen Kriterien der Flüssigkeit und der Sicherheit des Verkehrs, darf zukünftig auch nach Kriterien der Gesundheit, des Städtebaus und des Klimaschutzes Tempo30 angeordnet werden. Das ist eine sehr gute Nachricht, auch konkret für unseren Wahlkreis. Denn in Hüttenberg wird schon lange die Einrichtung einer Tempo30-Zone gefordert und in Lahnau soll eine Fußgängerampel verlegt werden. Alles Dinge, die jetzt leichter umgesetzt werden können.

In dieser Woche fand in Berlin eine Wiederaufbaukonferenz zur Ukraine statt. Aus diesem Grund hat Wolodymyr Selenskyj am Dienstag im Bundestag eine eindruckliche Rede gehalten und nicht nur der deutschen Regierung und dem Parlament für die Unterstützung gedankt, sondern auch der gesamten Bevölkerung Deutschlands. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine und unterstützen sie weiterhin militärisch, aber auch diplomatisch, humanitär und finanziell. Hierzu findet in der Schweiz eine große Friedenskonferenz statt, auf der wir versuchen, vor allem die Länder des Globalen Südens in die Friedensbemühungen enger einzubinden.

[\(Hier geht es zu seiner Rede\)](#)

Wir haben in dieser Woche ein höheres, besseres und gerechteres Bafög beschlossen. Konkret heißt das: Der Grundbedarf steigt von 452 Euro auf 475 Euro pro Monat. Und wer nicht mehr zu Hause wohnt, bekommt eine höhere Wohnpauschale dazu - die heben wir nämlich von 360 auf 380 Euro an. **Zusammen mit erhöhten Kranken- und Pflegeversicherungszuschlägen steigt der Förderhöchstsatz damit ab dem Wintersemester auf 992 Euro.** Außerdem gibt's für Studienanfängerinnen und Studienanfänger, die etwa Bürgergeld oder Wohngeld beziehen, eine Studienstarthilfe von 1.000 Euro für Ausgaben zu Beginn des Studiums.

Wer nebenbei arbeitet, hat bald auch deshalb mehr in der Tasche, weil wir die Freibeträge anheben. Ein Minijob bleibt komplett anrechnungsfrei. Zudem kann ohne Angabe

von Gründen ein Semester länger studiert werden, und ein Studienfachwechsel ist später im Studium möglich. Und damit künftig noch mehr vom Bafög profitieren können, heben wir außerdem auch die Elternfreibeträge um 5,25 Prozent an, das ist die Grenze, was Eltern verdienen dürfen, damit die Kinder noch Anspruch auf Bafög haben. Auch das Schüler-Bafög wird zum neuen Schuljahr steigen. Der Studien- oder Schulerfolg darf nicht vom

WIR MACHEN DAS BAFÖG BESSER!

- ✓ Förderhöchstbetrag steigt von 934 auf **992 Euro**
- ✓ **Studienstarthilfe von 1.000 Euro** für Studierende mit wenig Geld
- ✓ Mehr **Hinzuverdienst** bei Nebenjobs
- ✓ **Flex-Semester:** Zusatzsemester ohne Angabe von Gründen, späterer Studienfachwechsel möglich
- ✓ **Mehr junge Menschen profitieren vom Bafög** durch höhere Einkommensgrenzen der Eltern
- ✓ **Schuldendeckel*** wird **nicht** erhöht (stand im Gesetzentwurf, haben wir für Euch rausverhandelt)

*Der Schuldendeckel ist die maximale Summe, die Bafög-Empfänger:innen zurückzahlen müssen. Im Gesetzentwurf war zunächst vorgesehen, dass dieser Betrag von 10.010 Euro auf 11.500 Euro angehoben werden soll. Das konnten wir im parlamentarischen Verfahren verhindern.

SPD Fraktion im Bundestag

Geldbeutel der Eltern abhängen. Damit leisten wir einen großen Beitrag hin zu einer besseren Chancengleichheit für alle jungen Menschen.

Jeder von uns schreibt weniger Briefe, bekommt aber umso mehr Pakete. Mit der Reform des Postgesetzes haben wir jetzt die Versorgung abgesichert und gleichzeitig den Paketbotinnen und Paketboten bessere Arbeitsbedingungen verschafft. Wir garantieren damit weiterhin die flächendeckende und erschwingliche Versorgung von Menschen in Städten und im ländlichen Raum. Und wir schützen Beschäftigte vor Ausbeutung und stärken ihre Rechte, indem wir den Marktzugang an die verbindliche Einhaltung von fairen Arbeitsbedingungen koppeln. Im parlamentarischen Verfahren haben wir dafür gesorgt, dass auch Subunternehmer schärfer und engmaschiger auf die Einhaltung von Arbeitsbedingungen überprüft werden. Wer sich nicht daran hält, verliert seinen Marktzugang. [\(Das hat auch mein Kollege Sebastian Roloff gestern in seiner Rede deutlich gemacht.\)](#)



Seit vorgestern bietet die tagesschau ihre Nachrichten auch in leichter Sprache an. Ein wichtiger Schritt für unsere inklusive Gesellschaft. Denn viele Nachrichten sind oft komplex und nicht so leicht zu verstehen. Dieser Schritt ist ein wichtiges Signal für unsere Gesellschaft! [\(Hier geht es zur tagesschau in leichter Sprache\)](#)



Heute Abend beginnt die Fußball-EM mit dem Eröffnungsspiel in München. Ich freue mich auf die vielen Spiele und Begegnungen in unserem Land und drücke unserer Nationalmannschaft die Daumen. Die EM ist auch eine Premiere: Zum ersten Mal wurde bei solch einem Turnier eine "Human Rights Declaration" von der UEFA und der Gastgebernation unterzeichnet. Hier wird verbindlich festgehalten, wie sichergestellt wird, dass die Menschenrecht beim Ablauf des Turniers eingehalten werden. Eine Premiere, die hoffentlich in den kommenden Jahren zur Normalität wird und auch für die FIFA ein gutes Beispiel sein sollte. Für alle kurzentschlossenen: Bis heute Abend zum Spielbeginn um 21 Uhr kann man sich noch für mein Tippspiel anmelden. Für alle Teilnehmenden, die aus dem Lahn-Dill-Kreis, aus Biebertal oder Wettenberg kommen, gibt es eine Berlinfahrt für 2 Personen zu gewinnen. Alle anderen können sich ebenfalls über ein Überraschungspaket freuen. [Zur Anmeldung geht es hier.](#)

Mit solidarischen Grüßen
Dagmar Schmidt